



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 03. Dezember 2013

P131467

10.417 Parlamentarische Initiative. Militärstrafprozess. Ausdehnung der Rechte der Geschädigten

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Oberauditoriat genehmigt.

Begründung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt begrüsst in seiner Vernehmlassungsantwort an die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates die vorgeschlagene Anpassung des Militärstrafprozesses an die Schweizerische Strafprozessordnung bezüglich Parteirechte der geschädigten Person. Damit wird richtigerweise eine Lücke geschlossen, welche nicht nur die direkten Opfer, sondern auch deren Angehörige in angemessener Weise schützt. Der Regierungsrat schlägt der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vor, die Vorlage in systematischer Hinsicht zu überarbeiten.

